

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Einzelpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 16 Pfg. in anderen Städten. Für Postbestellungen sind die üblichen Postgebühren zu zahlen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Grenzgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 Pfg., das übrige Ausland 27 Pfg. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 Pfg. Verlags- und Expeditions-Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Baum kostet 1,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleinanzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Verkaufte Anzeigen laut Karte. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Massen sollen zahlen

Nur keine Sozialisierung

EE. Paris, 16. August.

Der Berliner Korrespondent des „Figaro“ hatte eine Unterredung mit Dr. Stresemann, worin dieser erklärt, das Kabinett Wirth sei gegen den Willen der Deutschen Volkspartei zustande gekommen. Die Haltung der Volkspartei gegenüber der Regierung wird von der Steuerpolitik abhängen. Man kennt das Steuerprogramm Wirths noch nicht, aber die Volkspartei ist bereit, seine Außenpolitik zu unterstützen, soweit sie sich auf die Durchführung des Ultimatums der Entente bezieht. In dieser Hinsicht sind sich die Parteien einig. Man hat die Bedingungen des Ultimatums angenommen und wird sich bemühen, sie zu erfüllen. Wenn aber Dr. Wirth auf Anregung seiner sozialistischen Anhänger neue Steuern nur dadurch sucht, daß er das Privateigentum und die Industrie übermäßig hoch besteuere, dann kann man ihm auf diesem Wege nicht folgen. Damit die deutsche Industrie Gewinne hervorbringt, muß jeder Gedanke einer Sozialisierung, welcher mit Diktat gleichbedeutend ist, aufgegeben werden. Aber das Aufgeben einer derartigen Politik wird Dr. Wirth der Gefahr aussetzen, die Unterstützung der Sozialisten zu verlieren. Er wird sich also in einem Dilemma befinden: er muß entweder Einnahmen ohne die Industrie oder gegen die Industrie suchen. Es ist vergeblich, daran zu denken, daß man die der Entente versprochenen Summen mit Steuern auf Juwelen oder auf das Kapital finden könnte, oder wenn man die Steuern auf das Einkommen noch vergrößert. Nur eine weitblickende Steuerpolitik, die auf indirekte Steuern aufgebaut ist, wird die nötigen Einnahmequellen verschaffen.

Diese Auslassung von Dr. Stresemann läßt keinen Zweifel daran, daß die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen in der Unterstützung der Steuerhau der Bestehenden in keiner Weise nachstehen möchte. Die Beratungen über die Steuerentwürfe werden deshalb zweifellos den Auftakt für heftige Kämpfe darstellen. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Stresemanns Absicht, den Gesamtbetrag des Bedarfs durch indirekte Steuern aufzubringen, das heißt durch Steuern, die eine erhebliche Steigerung aller Warenpreise zur Folge haben werden, den allerheftigsten Widerstand der großen Mehrheit des Volkes hervorrufen wird?

Stresemanns Auslassung sollte aber auch eine Mahnung für diejenigen sein, die glauben, daß eine Verständigung über die Steuerfrage mit den Bestehenden möglich ist. Die Bestehenden wollen überhaupt nicht zahlen, und sie werden den überaus bescheidenen Versuch des jetzigen Kabinetts, sie zu den Lasten heranzuziehen, ebenso großen Widerstand entgegenzusetzen, wie den Bestrebungen auf Erfassung der Goldwerte.

Es gibt für die Gesundung der Finanzen und der Erfüllung des Ultimatums nur die eine Möglichkeit: den Kampf gegen die Steuerhau und den Eigennutz der Bestehenden mit Hilfe der großen Masse der Papiergeldempfänger.

Die Opfer der Teuerung

In der heutigen Morgenausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beschäftigt sich Otto König mit den Ursachen und Wirkungen der Teuerung. Er führt erst die Gründe für die neue Teuerungswelle an: die trockne Witterung dieses Sommers, die die Pflanzenbildung zurückgehalten und die Preise für Gemüse und Kartoffeln in die Höhe getrieben hat; die Futtermittelknappheit, die die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Milch verhinderte. Die Hauptursache der Teuerung liege allerdings in der Verschlechterung der deutschen Wälua. Die Teuerung sei nun in ständiger Wachsenden begriffen, ihr Ende noch keineswegs abzusehen. Die ausschlaggebenden Faktoren der Preisentwicklung würden erst in der Zukunft wirksam werden: die weitere Erhöhung der Brotpreise, die Steigerung der Ausgaben für die Wohnung und die Belastung durch die neuen Steuern. Es sei deshalb erklärlich, daß neue Lohn- und Gehaltsforderungen gestellt werden, es gäbe Arbeitnehmers, die versuchen, die Folgen der jetzigen und der kommenden Teuerung mit einem Schläge von sich abzuwälzen. König fährt dann fort:

„Die Tatsache der Teuerung ist gegeben, man wird auch zugeben müssen, daß die Forderung eines Ausgleichs zwischen Löhnen und Preisen seine volle Berechtigung hat; man darf aber dabei nicht die Reizheit der Medaille übersehen, d. h. die Wirkungen, die Lohnsteigerungen auf Wirtschaft und Finanzen notwendig ausüben müssen. Jedermann hat in den letzten zwei Jahren genügend Gelegenheit gehabt, auf diesem Gebiet reiche Erfahrungen zu sammeln. Was war doch stets die Folge von Lohn- und Gehaltssteigerungen? Höhere Preise. Jede Anpassung der Löhne an die Preise hatte neue Preistreibereien zur Folge, bis etwa gegen die Mitte des Jahres 1920 ein Ruhepunkt erreicht war. Die Kaufkraft der Massen vermochte den andauernden Preisprüngen nicht mehr zu folgen. Es folgte der berühmte „Käufertreue“ ein, dem ein Abfall der Preise auf vielen Gebieten folgte.“

Diese Auffassung entspricht ganz dem, was stets den Arbeitern von den Unternehmern vorgehalten wird, wenn sie eine Lohnhöhung fordern. Sie finden es ganz in der Ordnung, daß sie die Preise für ihre Waren der Konjunktur anpassen, und sie würden jeden als Narren verachten, der ihnen zumute, auch nur auf einen Teil ihrer Gewinne zu verzichten. Im Gegenteil, der Profit der Produzenten und Händler steigt mit jeder Teuerung nicht nur absolut, sondern er hält sich auch verhältnismäßig auf der bisherigen Höhe. Sobald aber die Arbeiter und Angestellten verlangen, daß ihre Löhne und Gehälter der neuen Teuerung angepaßt werden, so malt man vor ihnen alle Schrecknisse der Inflation, der „Schraube ohne Ende“, und ähnliche Dinge an die Wand. Die Leidtragenden der bisherigen Preisentwicklung waren stets die minderbemittelten Volkskreise, besonders die in festem Lohn und Gehalt stehenden Personen. Sie werden es ablehnen, sich auch diesmal wieder zu Opfern der Teuerung machen zu lassen, sondern darum kämpfen, daß ein voller Ausgleich zwischen dem Einkommen und den Lebensnotwendigkeiten geschaffen wird.

Dieses Telegramm gab der Regierungspräsident in Breslau an den dortigen Polizeipräsidenten Geheimen Regierungsrat Liebermann zur weiteren Veranlassung und zum Bericht mit dem ausdrücklichen Vermerk: „Streng vertraulich.“

Was machte nun der Geheime Regierungsrat Liebermann? Er richtete folgendes Schreiben an den Geschäftsführer der Orgeß:

„Der Polizeipräsident
Streng vertraulich! Eigenhändig! Sofort!
An Herrn Major a. D. Queiß
Hier, Kirchallee 36.
Abschrift übersende ich ergebend im Nachgange zu unjeren Besprechungen zur gest. Kenntnisnahme als Unterlage für Ihre Entschlüsse. Dieses Schreiben ist lediglich für Ihren persönlichen Gebrauch bestimmt. Die Drahtung des Herrn Ministers des Innern darf nicht öffentlich bekannt werden. Ich wäre für Mitteilung bis zum 20. dieses Monats verbunden, welche Schritte der H. v. S. getan hat oder zu tun gedenkt. gez. Liebermann.“

Und wer ist Herr Major a. D. Queiß? Er war bis vor kurzer Zeit Major und Stabschef des Polizeiobersten de la Roi in der Breslauer Schutzpolizei und nahm selbst seinen Abschied. Angeblich tat er das, um in der Industrie einen Posten anzunehmen. In Wirklichkeit wurde er, wie das interessante Schreiben des Herrn Liebermann beweist, Geschäftsführer der Orgeß, wo er seine guten Beziehungen zum Breslauer Polizeipräsidenten weiter auszunutzen Gelegenheit findet.

Die „Schlesische Bergwacht“ verspricht noch weiteres Material in dieser Angelegenheit zu veröffentlichen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie sich darüber äußert, ob sie mit dieser Unterstützung der Orgeß durch ein ihr untergeordnetes Organ einverstanden ist!

Eine Verherrlichung des Nationalismus

Von L. Martow

„Ja, wir haben die Kredite bewilligt!“ so überschrieb die Redaktion des „Vorwärts“ großspurig ihre Antwort an die „Freiheit“, die dem Jahrestag des 4. August einen interessanten Artikel gewidmet hatte. „In ihren Grundlinien“ — so erklärte das rechtssozialistische Organ — „war die Politik der Sozialdemokratie während des Krieges die von selbst gegebene, die einzig mögliche und richtige. Dafür stehen wir auch heute noch!“

Einige Tage vor diesem „Manifest“ hatte die Sozialdemokratische Partei gemeinsam mit den Unabhängigen und verschiedenen pazifistischen Vereinigungen eine eindrucksvolle Demonstration unter der Parole „Nie wieder Krieg“ organisiert. Dieser Parole, die sie mit den Unabhängigen zusammenführte, fügte die S. P. D. nun, wie wir sehen, die stillschweigende Ergänzung hinzu: „Aber im Falle eines Krieges wieder Kriegspolitik!“ Welch eine verlockende Perspektive für die Arbeiterklasse in dieser Periode immer mehr sich zuspitzender internationaler Konflikte!

O gewiß, für die gegenwärtige Generation der deutschen Sozialdemokratie ist dies mehr eine Frage der Vergangenheit, und unzufrieden fragt der „Vorwärts“, ob es überhaupt notwendig sei, den alten Streit um die Bewilligung der Kriegskredite zu erneuern. Der deutsche Militarismus ist geschlagen, und es besteht nicht die Gefahr, das Deutschland wieder Belgien und Oesterreich-Serbien überfällt. Heute richtet sich der Ruf „Nie wieder Krieg“ unmittelbar gegen die anderen, immer noch bis an die Zähne bewaffneten Staaten.

Aber gerade deshalb entspricht der selbstzufriedene Rückblick des „Vorwärts“ auf die Politik des 4. August kaum dem Interessen des deutschen Volkes. Denn wenn morgen Frankreich und Polen Deutschland ebenso überfallen sollten, wie das von Deutschland unterstützte Oesterreich-Ungarn im Jahre 1914 Serbien überfallen hat, und wenn aus diesem Überfall eine allgemeine Schlägerei entsteht, bei der die Existenz Frankreichs und Polens gefährdet sein würde — wird auch dann der „Vorwärts“ den französischen und polnischen Sozialisten sagen: Folgt unserem Beispiel, wiederholt unsere Politik des 4. August?

Für die arbeitenden Massen Serbiens, Belgiens und Frankreichs bestand im Juli 1914 die wichtigste Garantie gegen die heraufziehende Katastrophe in der Tatsache, daß in Deutschland die härteste und kampfgeläufigste Arbeiterpartei existierte, die es verstanden hatte, einen wichtigen Kampf gegen den Krieg zu führen. Am 4. August 1914 gestob diese Garantie, denn es erwies sich, daß der Kampf gegen den drohenden Krieg keineswegs die aktive Unterstützung eines Krieges ausschloß, der bereits ausgebrochen war. An diesem Tage hörte die Existenz der sozialistischen Internationale auf, nicht etwa deshalb, weil sie für längere Zeit nicht mehr zusammentreten konnte, sondern weil das gegenseitige Vertrauen der Arbeiter der verschiedenen Länder und Nationen vernichtet war. An diesem Tage wurde die Saat ausgestreut für alle übrigen Akte des Verrats und des egoistischen Kleinmuts, die den Sozialismus in den folgenden Jahren bedeckt haben.

Tiefe Wunden hat der wahnsinnigste aller Kriege der ganzen Menschheit zugefügt. Die tiefste Wunde jedoch trägt der Proletarier in seinem Herzen, der im August 1914 seinen Klassenstolz und seine Selbstsicherheit eingebüßt hat. Diese Wunde ruft die Anfänge jenes zehrenden Fiebers hervor, das Bolschewismus, Kommunismus und Anarchismus genannt wird. Diese Wunde hat sich kaum geschlossen, und nicht durch die platonische Parole „Nie wieder Krieg“ werden die proletarischen Führer die Heilung dieser Wunde beschleunigen, wenn sie nicht gleichzeitig zu sagen vermögen: „Nie wieder Kriegspolitik!“

Der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung der Welt hat sich nach dem Versailler Frieden nach dem Westen verschoben, nach Frankreich, Italien, vor allem aber nach England und den Vereinigten Staaten. In diesen Ländern kann das Problem der „Vaterlandsverteidigung“ erneut in derselben Form in die Erscheinung treten, wie es am 4. August 1914 vor den deutschen Sozialisten auftauchte. Wenn diese nun jenen amerikanischen oder englischen Sozialisten, die in einem künftigen Krieg die Politik Scheidemanns wiederholen sollten, von vornherein Amnestie erteilen, so vollbringen sie in Wahrheit ein schlimmes Werk. Nachdem sie eine internationale gesprenkelt, tragen sie ein Element der Zerfurchung in die Internationale der Zukunft hinein.

Die Erklärung des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie ist aber für den internationalen Sozialismus noch in einer anderen Hinsicht von Interesse. Die deutsche Sozialdemokratie gehört bekanntlich der Zweiten Internationale an. Diese ist aber, wie gleichfalls bekannt, auf der Grundlage der Anerkennung der sogenannten deutschen „Kriegsschuld“ durch die deutsche Sozialdemokratie wiedererrichtet worden. Diese Anerkennung stimmt sehr schlecht mit der gegenwärtigen stolzen Erklärung überein, daß die

Die Arbeitskämpfe in Bremen

Striklose Entlassung auf der A. S. Weser

Bremen, 16. August.

Die Direktion der Aktiengesellschaft Weser hatte mehrmals dringende Mahnungen an die Arbeiterschaft gerichtet und auf die schweren Folgen einer Arbeitsverweigerung hingewiesen. Die Arbeiterschaft trat darauf zu einer Betriebsversammlung zusammen, in der beschlossen wurde, heute in den Streik zu treten. Die Direktion hat nunmehr den Beschluß gefaßt, die Arbeiterschaft striklos zu entlassen.

Der Bremer Staatsarbeiterstreik

Bremen, 16. August.

Die Staatsarbeiter beim hiesigen Hafenbauamt haben sich mit den Bremer Kollegen solidarisch erklärt und auf einstimmigen Beschluß die Arbeit niedergelegt.

Regierung und Orgeß

Die „Schlesische Bergwacht“ in Waldenburg, ein rechtssozialistisches Organ, berichtet über sehr merkwürdige Vorgänge in den Breslauer Regierungsstellen. In einem Telegramm, das in den preussischen Innenminister Dominicus am 14. 7. 1921 an den Regierungspräsidenten in Breslau richtete, ersuchte diesen durch den Polizeipräsidenten von Breslau, auf den Heimatschutzverband des hiesigen Orgeß (Orgeß) einzuwirken, daß er die bereits vollzogene Lösung von Eisenbüchsen durch die schnelle Satzungsänderung und insbesondere durch Aufgabe des Selbstschutprinzips zum Ausdruck bringe.

